

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 15.06.2022
Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 15:01 Uhr - 19:26 Uhr
Vorsitz: Herr Oberbürgermeister Sven Schulze

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeister
Ist: 55 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeister

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Carolin Juler	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	privat
Herr Andreas Wolf-Kather	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich
Frau Mandy Zubrytzki	CDU-Ratsfraktion	privat

Frühzeitiges Verlassen

Herr Sven Bader	fraktionsloses Stadtratsmitglied	17:15 Uhr, TOP 7.2
Herr Klaus Bartl	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	17:40 Uhr, TOP 7.2
Frau Sabine Brünler	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	17:27 Uhr, TOP 7.2
Frau Christin Furtenbacher	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18:35 Uhr, TOP 8.1
Frau Kathleen Kuhfuß	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:40 Uhr, TOP 7.2
Frau Susanne Schaper	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	17:40 Uhr, TOP 7.2

beratend Teilnehmende

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 1	
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3	bis TOP 7.3
Frau Dagmar Ruscheinsky	Bürgermeisterin Dezernat 5	
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6	

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Sylvia Billert	Leiterin Grundsatz, Verwaltung
Frau Annekatrin Falk	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Marcus Kropp	Betriebsleiter ASR/ESC
Herr Thomas Meyer	Amtsleiter Rechtsamt
Herr Konstantin Müller	Geschäftsstelle des Stadtrates
Herr Matthias Nowak	Pressesprecher
Frau Ramona Seidel	Leiterin Geschäftsstelle des Stadtrates

Fraktionsangestellte

Herr Clemens Heydrich	FDP-Fraktion
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr Toni Kunert	CDU-Ratsfraktion
Herr Ronny Licht	AfD-Stadtratsfraktion
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Schriftführerin

Frau Carolin Müller	Geschäftsstelle des Stadtrates
---------------------	--------------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Oberbürgermeister Schulze eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 18.05.2022
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 18.05.2022
-

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt bekannt, dass mit dem Beschluss B-113/2022 Herr Thomas Kütter als Amtsleiter Gebäudemanagement und Hochbau gewählt wurde.

- 5 Informationen des Oberbürgermeisters
-

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, dass sich in Chemnitz bisher 3.014 Personen registriert haben, davon 1.153 Kinder und Jugendliche sowie 1.473 Frauen. Vom Freistaat wurden der Stadt bisher rund 530 Flüchtlinge zugewiesen. Bis jetzt wurden 72 Kinder in städtischen Kitas und 540 in Chemnitzer Schulen aufgenommen. Zum 01.06.2022 änderte sich für alle ukrainischen Geflüchteten mit einer Fiktionsbescheinigung der Ausländerbehörde der Rechtskreis vom AsylbLG, das durch das Sozialamt ausgezahlt wird, ins SGB II in Verantwortung des Jobcenters. Die Geflüchteten, die vor dem 01.08.1956 geboren wurden, erhalten nunmehr ihre Leistungen auf Basis des SGB XII durch das Sozialamt.

Herr Oberbürgermeister Schulze führt zum Deutsch-Israelischer Mittelstandstag aus, welcher erstmals in Chemnitz stattfand. Ziel war es, konkrete Kooperationen zwischen Chemnitz und Sachsen mit Israel anzugehen. Er freut sich darüber, dass Chemnitz als Zentrum für die deutsch-israelische Wirtschaftszusammenarbeit etabliert werden konnte. Das biete viele Potentiale und Chancen für die hiesige Wirtschaft in den kommenden Jahren. Er dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten aus Wirtschaft, IHK, Freistaat, Stadt und allen Abgeordneten, die zum Erfolg des deutsch-israelischen Mittelstandstages beigetragen haben.

Herr Oberbürgermeister Schulze teilt anschließend mit, dass am vergangenen Sonntag, nach 16 Jahren, der erste Fernzug am Chemnitzer Hauptbahnhof abfuhr. Dass die langersehnte Fernbahnanbindung nun Wirklichkeit geworden ist, helfe nicht nur Chemnitz, sondern einer ganzen Region, mobiler zu werden. Er dankt allen Beteiligten und betont, dass das ein erster Schritt sei, dem weitere folgen müssen und werden.

Herr Oberbürgermeister Schulze lädt alle dazu ein, an dem Festival „KOSMOS“ teilzunehmen. Es werde Musikacts und über 100 Angebote aus den Bereichen Kunst, Gesellschaft, Wirtschaft und Sport geben. Ermöglicht werde dies durch mehr als 100 lokale, nationale und internationale Initiativen, Vereine und Unternehmen. Bei dem Festival gehe es auf den vielen Veranstaltungen auch darum, miteinander ins Gespräch zu kommen und demokratische Grundwerte der Gesellschaft immer wieder zu verteidigen. Das KOSMOS solle bis 2025 stetig wachsen und unter der Einbindung von immer mehr Initiativen, Organisationen, Kunst- und Kulturschaffenden, Vereinen und Unternehmen zunehmend mehr Menschen eine Plattform bieten.

Abschließend spricht er zum Vereinsdialog, welcher Ende Juni stattfinden werde. Dazu werde **Herr Oberbürgermeister Schulze** Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Vereine zu einem offenen Austausch über ihre Arbeit und das Wirken der verschiedenen Vereine in der Stadt einladen. Er werde diese Einladungen jährlich aussprechen, weil ihm der direkte Draht zu den Chemnitzerinnen und Chemnitzern nach wie vor sehr wichtig sei.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) findet es gut, dass mit dem Zug nun wieder von Chemnitz direkt nach Berlin gefahren werden könne. Er regt an, zukünftig auch die Verbindung nach Westen, vor allem nach Thüringen, zu beachten. Zum KOSMOS-Festival sagt er, dass auf diesem linksextreme Bands auftreten würden.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) spricht zum Mobilitätsplan 2040. Hier solle die Stadt einen neuen Weg gehen und den Bürgern ein Kernkonzept geben, über welches diese selbst abstimmen können. Ein Bürgerentscheid sei aus seiner Sicht bei einem Projekt, welches auf Jahrzehnte für jeden spürbare Veränderungen mit sich bringen werde, mehr als angebracht. An der Onlineumfrage zum selben Thema hätten lediglich 0,65% der Chemnitzer Einwohner teilgenommen. Diese Umfrage sei von vornherein wenig objektiv, unwissenschaftlich und damit desaströs gewesen. Er fordert die Verwaltungsspitze daher auf, bei diesem Thema ernsthaft auf die Menschen zuzugehen und einen Bürgerentscheid durchzuführen, damit die Chemnitzer über ihre mobile Zukunft selbst entscheiden können.

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 3
Vorlage: B-136/2022 Einreicher: Oberbürgermeister
-

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) zeigt seine Befangenheit an und verlässt den Sitzungsbereich.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass im Verwaltungs- und Finanzausschuss am 09.06.2022 die Vorstellung von vier Bewerber/innen in der Stadtratsitzung beschlossen wurde.

Herr Dr. Dringenberg (Bewerber) stellt sich sowie seine Qualifikationen vor, geht auf die Anforderungen des Dezernates ein und schildert, für was er sich als Beigeordneter einsetzen würde. Er beantwortet anschließend die beiden Fragen, was für ihn die dringendsten Aufgaben beim Klima- und Umweltschutz in Chemnitz wären und wie er sich zukünftig die Digitalisierung insbesondere im Bürgeramt vorstelle.

Herr Prof. Dr. Haentjens (Bewerber) stellt sich vor und geht auf seine Qualifikationen ein. Anschließend spricht er verschiedene Themenschwerpunkte des Dezernates und seine Ansichten dazu an. Danach beantwortet auch **Herr Prof. Dr. Haentjens** die Fragen zur Digitalisierung im Bürgeramt, den dringendsten Aufgaben beim Klima- und Umweltschutz in Chemnitz und zudem, welchen Stellenwert der Hochwasserschutz und die Barrierefreiheit für ihn haben und ob er auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts fit sei.

Herr Kunze (Bewerber) spricht über seine Person und die Motivation für die Bewerbung. Danach äußert er sich zu einigen Bereichen dieses Dezernates und zu seinen Vorstellungen zur Mitarbeiterführung. **Herr Kunze** geht bei der Beantwortung von Fragen auf die Themen der Videoüberwachung in der Chemnitzer Innenstadt, Klima- und Umweltschutz für Chemnitz und Digitalisierung im Bürgeramt ein.

Frau Dr. Marwege (Bewerberin) stellt sich und ihre Qualifikationen vor und geht dabei auf das ein, was ihr in dem Dezernat sowie der Arbeit wichtig sei und was sie ermöglichen möchte. Sie beantwortet anschließend Fragen zum Thema Klima- und Umweltschutz für Chemnitz, Müllvermeidung sowie einer Müllverbrennungsanlage.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert zum Ablauf der Wahlen und erläutert den Stimmzettel. Für die Wahl werden als Wahlkommission Herr Mann, Herr Heydrich, Herr Licht und Frau Müller als Schriftführerin vorgeschlagen.

Abstimmung über die Wahlkommission

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(54 Ja-Stimmen)**

- Wahlhandlung von 16:15 Uhr bis 16:32 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 57
abgegebene Stimmen: 57

davon

ungültige Stimmen 1
gültige Stimmen 56

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Herrn Dr. Volker Dringenberg	0 Stimmen
Herrn Prof. Dr. Alexander Haentjens	25 Stimmen
Herrn Knut Kunze	23 Stimmen
Frau Renata Marwege	8 Stimmen

Es hat kein Bewerber/keine Bewerberin die erforderliche Mehrheit erreicht.
Somit erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern Herrn Prof. Dr. Alexander Haentjens und Herrn Knut Kunze.

- Sitzungspause von 16:33 Uhr bis 16:38 Uhr -

- Wahlhandlung Stichwahl von 16:38 Uhr bis 16:52 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 57
abgegebene Stimmen: 57

davon

ungültige Stimmen 1
gültige Stimmen 56

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Herrn Prof. Dr. Alexander Haentjens	26 Stimmen
Herrn Knut Kunze	30 Stimmen

Der Bewerber Herr Knut Kunze hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Herr Oberbürgermeister Schulze erteilt sein Einvernehmen.

Beschluss B-136/2022

Der Stadtrat wählt Herrn Knut Kunze als Beigeordneten für das Dezernat 3 zum 01.08.2022 für die Dauer von sieben Jahren mit der Amtsbezeichnung Bürgermeister.

7.2 Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 6
Vorlage: B-137/2022 Einreicher: Oberbürgermeister

Herr Bürgermeister Stötzer zeigt seine Befangenheit an und verlässt den Sitzungsbereich.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt zur vorherigen Wahl, ob der Kandidat die Wahl angenommen habe.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass dieser das nicht erklären müsse und die Wahl durch konkludentes Handeln angenommen sei. Er informiert anschließend, dass der Bewerber Herr Hansel am 09.06.2022 seine Bewerbung zurückgezogen hat, somit noch ein Bewerber zur Wahl steht und deshalb eine aktualisierte Fassung der Vorlage ausgereicht wurde.

Herr Stötzer (Bewerber) geht auf die Bedeutung des Baudezernates, bisherige und noch anstehende Projekte sowie weitere Maßnahmen ein. Er spricht zudem zu den Wirkungen dieser auf die Menschen dieser Stadt. Im Anschluss beantwortet **Herr Stötzer** Fragen zu den hohen Baukosten in der Stadt, seinen Visionen zur Barrierefreiheit, der Auflösung des Rückstaus im Straßenbau und zum langen Zeitraum für die Gestaltung des Bahnhofareals Altendorf.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass offene Wahl möglich wäre, wenn es keinen Widerspruch gibt.

Herr Stadtrat Preuß (AfD-Stadtratsfraktion) widerspricht der offenen Wahl.

Herr Oberbürgermeister Schulze erläutert den Stimmzettel und teilt mit, dass die bestehende Wahlkommission ihre Arbeit aufnimmt.

- Wahlhandlung von 17:13 Uhr bis 17:25 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 58
abgegebene Stimmen: 58

davon

ungültige Stimmen 2
gültige Stimmen 56

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Herrn Michael Stötzer 32 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Bewerber Herr Michael Stötzer hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Herr Oberbürgermeister Schulze erteilt sein Einvernehmen.

Beschluss B-137/2022

Der Stadtrat wählt Herrn Michael Stötzer als Beigeordneten für das Dezernat 6 zum 01.08.2022 für die Dauer von sieben Jahren mit der Amtsbezeichnung Bürgermeister.

- 7.3 Umstrukturierung der Aufgaben im Bereich Wirtschaftsförderung und außerplanmäßige Mittelbereitstellung
Vorlage: B-131/2022 Einreicher: Oberbürgermeister
-

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) zeigt sich froh darüber, dass sich mit diesem Thema nochmals intensiver auseinandergesetzt werden konnte. Seine Fraktion lege großen Wert darauf, dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Sie unterstütze zudem, dass die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung diesen Prozess weiterhin begleiten werde. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass er die Aufregung von einigen Stadträten beim ersten Aufkommen des Themas der Schaffung eines Geschäftsbereiches Wirtschaft nicht verstanden habe. Nun würden vier Mitarbeiter der CWE in die Stadtverwaltung wechseln und die Gesellschaft mit 19 Mitarbeitern weiter so arbeiten, wie im Konzept beschrieben sei. Er führt fort, dass die Beteiligung der Vertreterin des Betriebsrates in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung zur Entkrampfung strittiger Probleme beigetragen und sich somit bewährt habe. **Herr Stadtrat Berger** ist der Auffassung, dass fast keine Vorlage, von den Haushaltbeschlüssen oder dem Mobilitätsplan abgesehen, so intensiv und zeitaufwendig in so kurzer Zeit beschlussreif diskutiert wurde. Bemerkenswert sei auch, dass die Stadtspitze viele Hinweise aufgenommen und in die Vorlage eingearbeitet habe. Er wünscht sich, dass diese konstruktive, kooperative Arbeitsweise auch bei anderen kommunalpolitischen Themen weiter gepflegt werde. Für ihn sei ein konstruktives, respektvolles Miteinander des Geschäftsbereichs einerseits und der CWE andererseits der Schlüssel zum Erfolg.

Herr Stadtrat Berger wünscht sich außerdem, dass die Ämter der Stadt, bezogen auf das Thema Wirtschaftsförderung, in ihrer Arbeit teilweise umdenken und es einen neuen Stil der Zusammenarbeit im Interesse derer gebe, die Erwartungen an eine kompetente, durchdachte, aber zügige Bearbeitung ihrer Anliegen erwarten können. Seine Fraktionsgemeinschaft regt an, dass die geschaffene Arbeitsgruppe Wirtschaft im Herbst noch einmal zusammenkomme, um die ersten Ergebnisse der Neuaufteilung zu beraten und dass die Verwaltung Ende des ersten Halbjahres 2023 eine Informationsvorlage vorlege, in der eine erste Bilanz gezogen werde. Seine Fraktionsgemeinschaft werde der Vorlage zustimmen.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde und dankt der Arbeitsgruppe für die gut geleistete Arbeit. Durch das hier Geschaffene würden beide Seiten gestärkt werden.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt allen in der CWE sowie deren Umfeld, die sich hierzu eingeschaltet haben. Das Thema sei sehr wichtig, weshalb man dranbleiben müsse. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde der Vorlage zustimmen.

Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) fehle bei den Aufgabenkomplexen die Zusammenarbeit mit der Universität und der Forschung. Das solle ergänzt werden. Das Thema Wirtschaftsförderung sei ohne Universität und ohne Wissenschaft seines Erachtens nicht komplett. Seine Fraktion freue sich über die Initiative des Oberbürgermeisters und werde dieses unterstützen. Über die von ihm vorgeschlagene Ergänzung solle abgestimmt werden.

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt zu Protokoll, dass die Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Forschung und der Universität Aufgabe des neuen Geschäftsbereichs Wirtschaft sei.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde und wünscht Frau Endler in ihrer neuen Position alles Gute.

Beschluss B-131/2022

1. Der Stadtrat bestätigt die Übernahme zentraler Aufgaben der Wirtschaftsförderung in den Geschäftsbereich Wirtschaft der Stadtverwaltung gemäß Anlage 3.
2. Der Stadtrat beschließt die aufgrund der Übernahme zentraler Aufgaben der Wirtschaftsförderung notwendigen Änderungen im Ergebnishaushalt der Stadt Chemnitz wie folgt:

Änderungen zum Teilergebnishaushalt/Teilfinanzhaushalt 2022

- in EUR -

PSK/Maßnahmenr.	Kurzbezeichnung Produktsachkonto und ggf. Maßnahmennummer	HH-Plan 2022	bereits per Mittelübertragung bereitgest. Mittel	Veränderung +	Veränderung .I.	Ansatz 2022 neu
Erträge/Einzahlungen						
1111200.34879100	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; sonstige Erstattungen von privaten Unternehmen	0	0	57.000		57.000
Summe Erträge/Einzahlungen				57.000	0	57.000
Aufwendungen/Auszahlungen						
5711000.43151201	Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen Zuschuss an die CWE	1.950.000	0		388.316	1.561.684
1111200.40121000	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Entgelte für tariflich Beschäftigte	0	0	250.000		250.000
1111200.42531300	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Aufwendungen für Erwerb von beweglichen Gegenständen ohne Inventarisierung	0	260	4.000		4.260
1111200.42711000	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Besondere Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen	0	89.000	168.000		257.000
1111200.44311000	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Büromaterial	0	0	1.500		1.500
1111200.44313000	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Postgebühren	0	0	816		816
1111200.44314100	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Fernmeldegebühren	0	0	3.000		3.000
1111200.44315100	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Öffentliche Bekanntmachungen, Öffentlichkeitsarbeit	0	0	5.000		5.000
1111200.42613000	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Besondere Aufwendungen für Beschäftigte - Fortbildung	0	0	6.000		6.000
1111200.44317300	Förderung Digitalisierung und Wirtschaft; Reisekosten	0	0	7.000		7.000
Summe Aufwendungen/Auszahlungen				445.316	388.316	
Differenz Aufwendungen/Auszahlungen				57.000		
Differenz Erträge/Einzahlungen zu				0		

Die über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Ergebnishaushalt gilt analog für die betreffenden Zahlungskonten im Finanzhaushalt, Mittelübertragungen aus den überplanmäßigen Mitteln innerhalb des Produktes 1111200 sind zulässig.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 7.4 Umbenennung der Georg-Weerth-Oberschule
Vorlage: B-026/2022 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
-

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-026/2022

Der Stadtrat beschließt:

Mit Schuljahresbeginn 2022/2023 trägt die Georg-Weerth-Oberschule den Schulnamen Oberschule „Am Körnerplatz“ Chemnitz, Uhlandstraße 2 – 4, 09130 Chemnitz.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)**

- 7.5 Umbenennung eines Teilstückes der Straße "Bayernring" im Yorckgebiet in "Drosselweg"
Vorlage: B-055/2022 Einreicher: Dezernat 6/Amt 62
-

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-055/2022

Der Stadtrat beschließt die Umbenennung eines Teilstückes der Straße „Bayernring“ im Yorckgebiet in „Drosselweg“.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

- 7.6 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum förmlich festgelegten Sanierungsgebiet "Zwickauer Straße"
Vorlage: B-119/2022 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es wurde eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

führt aus, dass es sich um eine wichtige Weichenstellung vor allem für den Chemnitzer Westen handle. Die Zwickauer Straße sei ein wichtiger Stadteingang, der keinen guten Gesamteindruck vermittele. Beispielsweise seien die Gebäude in einem schlechten Zustand, es gebe schlechte Fahrbahnen und Fußwege, mangelnde Barrierefreiheit und eine hohe Lärmbelastung im gesamten Gebiet. Es sei daher wichtig, dass das Gebiet zum städtebaulichen Sanierungsgebiet werde, was auch eine Grundlage für die Beantragung von Fördermitteln sei. Er sagt, dass eine Nichtberücksichtigung der Stellungnahme der Landesdirektion zum Thema Schwammstadt nicht bedeute, dass jetzt gegen die Ziele einer wassersensiblen Stadtentwicklung gestimmt werde. **Herr Stadtrat Zschocke** hofft, dass die Verwaltung bei allen weiteren Maßnahmen die Ziele der Wassersensibilität zwingend betrachte. Er führt fort, dass sich die künftigen öffentlichen und auch privaten Investitionen an den Zielen ausrichten könnten, zu denen sich heute verständigt werde. Seine Fraktionsgemeinschaft werde der Vorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass seit Langem die Notwendigkeit zur Voranbringung der städtebaulichen Entwicklung dieses Eingangsgebietes der Innenstadt bestehe. Seine Fraktion begrüße allgemein die neue Festlegung des Sanierungsgebietes Zwickauer Straße als Chance, unter Einsatz von Fördermitteln eine Aufwertung des Gebietes und damit auch einen Aufschwung für Wohnen und Gewerbe zu erreichen. Sie könne jedoch nicht alle Feststellungen und Ziele aus Anlage 4 uneingeschränkt mittragen. Ein Bericht könne eigentlich nicht beschlossen werden, daher gebe es nun einen zweiten Änderungsantrag seiner Fraktion, welcher im Punkt 1 die Kenntnisnahme festlege. Zum ersten Änderungsantrag führt er aus, dass die Bestimmung des Sanierungsgebietes nicht mit der falschen Orientierung einhergehe, dass unter Bezug auf den noch nicht beschlossenen Mobilitätsplan 2040 eine Tempo 30-Entwurfsgeschwindigkeit als Grundlage für die Neugestaltung der Verkehrsachse ausgewiesen werde. Seine Fraktion lehne das ab und erwarte, dass bei der Überarbeitung des Mobilitätsplanes 2040 die Regelgeschwindigkeit in großen Teilen des bisherigen Haupt- und Nebennetzes auf Tempo 50 festgelegt werde. Es sei kontraproduktiv diese wichtige Magistrale mit einem Tempo von 30 km/h zu planen. Das führe auch dazu, dass Standorte für Industrie und Gewerbe unattraktiv werden würden. Ergänzend dazu würden im zweiten Änderungsantrag die Zielstellungen für den Abwägungs- und Satzungsbeschluss klarer definiert. Abschließend regt **Herr Stadtrat Köhler** an, mögliche Ausgleichsbeiträge frühzeitig zu ermitteln und im Zuge der Genehmigungsverfahren sowie bei der Gewährung von Fördermitteln mit den Eigentümern zu besprechen und möglichst bereits an dieser Stelle auf eine vorzeitige Bezahlung hinzuwirken.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) zeigt sich hinsichtlich der Änderungsanträge zu der Vorlage entsetzt, welche im Ausschuss ausführlich beraten wurde. Solche Details müssten im Ausschuss besprochen werden. Er beantragt deshalb die Rückverweisung in den Ausschuss, um diese einzelnen Sachverhalte diskutieren zu können. Seine Fraktion werde die Änderungsanträge nicht mittragen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) führt aus, dass eine Tempo 30-Zone überhaupt Lärmschutzmaßnahmen und die Entwicklung des Gebietes ermögliche. Dieser Ansatz sei genau der richtige Weg, um eine Fläche zu entwickeln und für Zuzüge sowie für Investitionen attraktiv zu machen. Seine Fraktion werde die Änderungsanträge ablehnen. Zudem halte sie nichts von der Rückverweisung, da die Vorlage ausführlich im Ausschuss besprochen wurde. Es gebe keine neuen Erkenntnisse, die eine erneute Befassung im Ausschuss rechtfertigen würde. Die Vorlage müsse hinsichtlich der Fördermittel schnell beschlossen werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion der Rückverweisung zustimmen werde. Bei den Gesprächen vor Ort sei den Bürgern nicht vermittelt worden, dass die Straße zu einer Tempo 30-Zone werden würde. Das sei von den Anwohnern nicht gewollt und solle aktuell nicht festgeschrieben werden.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) verdeutlicht, dass hier über eine Magistrale mit einem täglichen Verkehrsaufkommen von 14.000 Fahrzeugen gesprochen werde. Es habe Vorschläge zur Wiederbelebung von Industrieobjekten gegeben, welche zu einer zusätzlichen Belegung von Personen-, Sach- und Güterverkehr auf dieser Straße führen werde. Fraglich sei dann, wie diese Verkehrsmengen beruhigt werden sollen, wenn es auch keinen Weiterbau des Südverbundes Teil III und V geben werde.

Herr Stadtrat Drechsel (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass seine Fraktion der Rückverweisung zustimmen werde. Er merkt an, dass die Vorlage 163 Seiten habe und er deshalb denke, dass nicht alle Stadträte diese Vorlage gelesen hätten.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt zu den Änderungsanträgen der AfD-Stadtratsfraktion, ob diese in das Abgewogene eingreifen würden und somit die Gefahr bestehen würde, nochmals eine Auslegung durchführen zu müssen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass bei grundsätzlichen Änderungen wieder von vorn begonnen werden müsse. Die Vorlage müsse nochmals erarbeitet werden, dann würde nochmals eine Bürgerbeteiligung stattfinden sowie die Anhörung der Träger öffentlicher Belange. Das habe einen zeitlichen Umfang von ca. 1 ½ oder 2 Jahren. Er erkenne keine so guten Argumente, dass den Bürgern erklärt werden könne, warum diese weiterhin auf die Satzung warten müssten und keine Fördermittel beantragt werden können. So könne man mit den Leuten, den Bürgerplattformen und den Engagierten, die sich hier eingebracht haben, nicht umgehen. Das sei nicht vermittelbar. Er führt fort, dass in der Vorlage nicht stehe, dass die gesamte Zwickauer Straße zu einer Tempo 30-Zone werde. Diese Satzung habe allerdings noch keine Auswirkungen auf das Verkehrsrecht. Das bedeute, dass trotzdem noch Beschlüsse über diese Tempo 30-Zonen erfolgen müssten.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt nochmals den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er fragt, ob die Bürger zum Thema der Tempo 30-Zone beteiligt worden seien. Mit der Klassifizierung auf 30 km/h werde auf den Mobilitätsplan vorgegriffen, den es noch nicht gebe. Da dieser noch nicht gelte, könne sich in der Vorlage nicht auf den Mobilitätsplan 2040 bezogen werden.

Herr Bürgermeister Stötzer entgegnet, dass es einen bereits beschlossenen Mobilitätsplan gebe, der so lang gelte, bis ein neuer beschlossen werde. Nach diesem werde an vielen Stellen in der Stadt Chemnitz so verfahren, dass Wohnstraßen zu Tempo 30-Zonen gemacht werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) merkt an, dass über die Effektivität der eigenen Arbeit gesprochen werden müsse. Das Thema werde seit 2015 besprochen. Im Ausschuss könne bei einer Rückverweisung über nichts Neues diskutiert werden. Eine Streichung habe Folgen, durch die man dann wieder am Anfang der Arbeit wäre. Er spricht sich gegen eine Rückverweisung aus.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verdeutlicht, dass es hier um das förmlich festgesetzte Sanierungsgebiet gehe, was die Grundlage für den Straßenzug lege, welcher am meisten Entwicklungsbedarf in der Stadt habe. Er wirbt dafür, die Entwicklung weiter nach vorn zu treiben und nicht erneut auszubremsen.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass sich in der Vorlage konkret auf den Mobilitätsplan 2040 bezogen werde. Das müsse gestrichen werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) beantragt den Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über die Rückverweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erklärt sein Abstimmungsverhalten und verweist im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Rückverweisung in den Ausschuss auf die langen Planungszeiten.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt sein Abstimmungsverhalten und sagt, dass den Bürgern nicht erklärt werden könne, warum diese nun weitere zwei Jahre warten müssten.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt ebenfalls sein Abstimmungsverhalten und sagt, dass die Menschen wollen würden, dass es mit Tempo 50 km/h vorwärtsgehen solle.

8 Beschlussanträge

8.1 Umsetzung des Beschlusses zur Systemfestlegung Leichtverpackung (B-034/2021)
Vorlage: BA-050/2021 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass sich die Mehrheit des Stadtrates für einen zweiwöchigen Abholrhythmus in den Randgebieten ausgesprochen habe. Das wurde bisher nicht realisiert. Wenn der Gesetzgeber Entsprechendes vorsehen würde, dann solle nochmals auf das Duale System eingewirkt werden. Er fordert dazu auf, dass die verwaltungsinternen Risiko-/Chancenanalysen und Kostenschätzungen zur Verfügung gestellt werden, damit eine Bewertung getroffen werden könne.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion den Beschlussantrag ablehnen werde. Dieser habe keinen Inhalt. Die Stadträte wissen, dass eine Umsetzung aufgrund der momentanen Rechtslage nicht möglich sei. Bis 2025 werde sich nichts ändern. Man solle fair gegenüber den Bürgern handeln.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, was es noch für Lösungen gebe, wenn die gelben Tonnen zu voll werden würden.

Herr Kropp (Betriebsleiter ASR/ESC) erklärt, dass immer die Möglichkeit bestehe zusätzliche Behälter an die Standorte zu bringen. Es werde eine Dienstleistung erbracht, die mit dem Dualen System abgestimmt sei. Diese Abstimmungsvereinbarungen können nur im Verhandlungsverfahren realisiert werden.

Er führt fort, dass der ASR den Grundsatz habe, das Thema der Abfallvermeidung zu fördern. Mehr Behältervolumen könne gegebenenfalls auch zu mehr Fehlwürfen führen. Hinzu komme bei einem kürzeren Abholrhythmus, dass Behälter leer bleiben könnten, Personal aufgestockt werden müsste und Kosten steigen würden. Personal werde jedoch immer schwieriger gewonnen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass sich durch diesen Antrag nichts ändern werde. Die Entsorgung der gelben Tonne bzw. des gelben Sackes erfolge auf Basis des Ergebnisses aus der Ausschreibung der Dualen Systeme. Es gebe einen rechtsgültigen Vertrag mit den Dualen Systemen, der noch zweieinhalb Jahre gelte. Eine Nachverhandlung sei nicht erfolgsversprechend, wenn die Bürger nicht die zusätzlichen Kosten übernehmen würden. Das einzige Ziel der Nachverhandlungen sei es, dass hinsichtlich der Auswirkungen der Erhöhung des Mindestlohnes auf den Haustarif der Wertstoff-Transport Chemnitz GmbH eine schwarze Null herauskomme. Seine Fraktionsgemeinschaft werde den Beschlussantrag aufgrund fehlender aktueller Umsetzbarkeit ablehnen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da sich die Bürger vor Ort das gewünscht hätten. Das Problem sei gewesen, dass bei der Vorabstimmung durch den Stadtrat nicht eingewirkt werden konnte. Es solle bereits jetzt Druck auf die Dualen Systeme gemacht werden, auch wenn jetzt noch keine Möglichkeit für Änderungen gegeben seien. Es sei zudem an manchen Stellen schwierig mehr Behälter aufzustellen, da nicht immer ausreichend Platz vorhanden sei.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass es in den angrenzenden ländlichen Regionen einen zweiwöchigen Abholrhythmus gebe. Er fragt, warum die Verhandlungen dann so geführt wurden, dass es in der Stadt Chemnitz nicht gehe.

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) bringt eine Änderung des Einreichers ein. Die Frist wurde mit dieser auf November 2022 angepasst.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sei überzeugt, dass das, was hier diskutiert werde, nicht die Probleme der Menschen in großer Breite vor Ort sei. Es fände ein Aufbausuchen der Thematik statt. Wenn der Antrag beschlossen werde, müsse den Bürgern bewiesen werden, dass das auch funktioniere und es keine Scheindebatte sei.

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass er in den Seitenstraßen der Zwickauer Straße viele überfüllte Tonnen gesehen habe. Es werde eine Lösung erwartet. Die Verwaltung solle nochmals an die Umsetzung des Beschlusses erinnert werden. Mittelfristig müsse das Problem gelöst werden.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) merkt an, dass ein großes Grundstück nicht automatisch bedeute, dass man dieses mit Mülltonnen vollstellen wolle.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) spricht für seine Ortschaft. Die Abholung ein Mal im Monat funktioniere sehr gut. Die Finanzen der einzelnen Personen dürften nicht außer Acht gelassen werden. Er erinnert an die schwerliche Beschlussfassung der Abfallgebühren. Es müsse auch an die Kosten für die Abfallentsorgung gedacht werden.

Frau Stadträtin Rabe (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) würde es begrüßen, wenn Herr Stadtrat Herrmann erklären würde, was sich real geändert hätte, wenn 2019 der Klimanotstand ausgerufen worden wäre.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass es nicht um die Gebühren gehe, sondern darum, das Thema bei den Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen. Er wirbt um Zustimmung zu diesem Antrag.

Beschluss BA-050/2021

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Punkt 1 des durch den Stadtrat mehrheitlich beschlossenen Änderungsantrages der CDU-Ratsfraktion zur B-034/2021 umzusetzen.

Wortlaut des Abstimmungspunktes 1 des Änderungsantrages:

- In der Anlage 3, Anlage 3, Seite 1 zu B-034/2021 wird unter I. Private Haushalte, Unterpunkt Abfuhrhythmus Nr. 1 wie folgt geändert:
 - o Im Stadtrandgebiet gemäß IV.5. 24.250 MGB 120/240 Liter und 1.130 MGB 1,1m³ in der Regel alle 14 Tage.
- In der Anlage 3, Seite 2 zu B-034/2021 wird bei der Systemfestlegung unter II. Vergleichbare Anfallstellen nach § 3 Abs.11 VerpackG die Nummer 3 geändert:
 - o 865 MGB 240 l und 580 MGB 1.100 l alle 14 Tage
- In der Anlage 3, Seite 3 zu B-034/2021 wird bei den Systemfestlegungen der Punkt 5 wie folgt geändert:
 - o Wohn- und Stadtrandgebiete im 2-wöchentlichen Rhythmus

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der I-Vorlage I-042/2021 benannten Ergebnisse der verwaltungsinternen Risiko-Chancen-Analyse, inklusive der Kostenschätzungen und Qualitätsbeurteilungen anhand von Zahlen, Daten und Fakten den Stadträtinnen und Stadträten offen zu legen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wie die unter dem Abstimmungspunkt 1 benannten Änderungen umgesetzt werden können. Als spätestester Realisierungstermin wird der November 2022 festgelegt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der I-Vorlage I-042/2021 benannten Ergebnisse der verwaltungsinternen Risiko-Chancen-Analyse, inklusive der Kostenschätzungen und Qualitätsbeurteilungen anhand von Zahlen, Daten und Fakten den Stadträtinnen und Stadträten offen zu legen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wie die unter dem Abstimmungspunkt 1 benannten Änderungen umgesetzt werden können. Als spätestester Realisierungstermin wird der November 2022 festgelegt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(25 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen)**

- 8.2 Beitritt der Stadt Chemnitz in den Landestourismusverband und Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Tourismusverband Erzgebirge
Vorlage: BA-028/2022 Einreicher: FDP-Fraktion
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Änderung des Einreichers ausgereicht. Durch die Änderung wurde die SPD-Fraktion Miteinreicher.

Herr Stadtrat Müller-Rosentritt (FDP-Fraktion) führt in den Beschlussantrag ein und sagt, dass Tourismus nur im Verbund funktioniere. Mit dem Antrag auf diesen Beitritt werde ein großer Schritt für die Stadt getan. Mit der Kooperationsvereinbarung sollen die Dinge verstärkt gemeinsam gemacht werden. Es solle sich als Region zusammen mit dem Erzgebirge und Zwickau vermarktet werden. Wenn Urlauber an das Erzgebirge denken, sollen diese dann auch an Chemnitz denken. Chemnitz solle die Würdigung erfahren, die es verdiene.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass auf der Seite des Verbandes als Mitglied die IHK Chemnitz aufgeführt sei. Des Weiteren sei auch die C³ Chemnitzer Veranstaltungszentren GmbH als Förderer zu finden. Er fragt, warum nun nochmals Geld verwendet werden solle, damit die Stadt Chemnitz dort stehe. Zudem fragt er nach der erforderlichen Deckungsquelle, damit der Antrag abstimmungsfähig werde. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) merkt an, dass es um eine Vollmitgliedschaft gehe. Die von Herrn Köhler benannten Mitglieder seien keine Vollmitglieder. Um Recht des Landestourismusverbandes zu erlangen bedarf es aber dieser Mitgliedschaft. Auch in Hinblick auf die Kulturhauptstadt 2025 sei eine Mitwirkung wichtig.

Herr Stadtrat Kieselstein (FDP-Fraktion) sagt, dass es unfair sei, die IHK mit der Stadt gleichzusetzen, da bei der IHK der gesamte Kammerbezirk dazugehöre. Hinzukomme, dass ein Förderer nicht mitentscheide. Um mitzuentcheiden und einen positiven Einfluss nehmen zu können, bedarf es einer Vollmitgliedschaft. Die Mittel seien nicht hoch. Im Antrag sei auf den Haushalt 2023 verwiesen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass die C³ Chemnitzer Veranstaltungszentren GmbH erst aussteigen müsse, da sonst an zwei Stellen Geld bezahlt werden würde. Er ist der Auffassung, dass es einer Deckungsquelle bedarf.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) erklärt, dass der Antrag jetzt komme, da in den Verband nun auch etwas eingebracht werden könne. Durch die Kulturhauptstadt würden auch die anderen Städte etwas gewinnen.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass Chemnitz seit 2014 als einzige Gebietskörperschaft in Sachsen nicht mehr Mitglied des Landestourismusverbandes ist. Derzeit werde eine Tourismusdestination Chemnitz/Zwickau/Region entwickelt. Dazu werde es eine Beschlussvorlage im September geben. Zur Umsetzung der Kulturhauptstadt sei die touristische Infrastruktur entscheidend.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt, dass Chemnitz regional vernetzt denken müsse. Deswegen sei jeder Ansatz, die Kooperation mit dem Umland wieder zu verstärken, zu begrüßen.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass eine Mitgliedschaft personell und logistisch zu untersetzen sei. Das müsse funktionieren. Er fragt, wo das finanziell sowie personell eingegliedert werden solle.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, warum damals aus dem Verband ausgetreten wurde und wer dafür verantwortlich gewesen sei. Zur Deckungsquelle fragt er, ob ein Vorgriff auf den Haushalt 2023 zulässig wäre.

Herr Bürgermeister Burghart erklärt, dass die Möglichkeit bestehe, Prioritäten zu setzen und diese in die Haushaltsverhandlungen einzubringen.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet auf die Frage von Herrn Stadtrat Köhler, dass der Austritt von der damaligen Oberbürgermeisterin ohne Stadtratsbeschluss erklärt wurde.

Beschluss BA-028/2022

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Aufnahme der Stadt Chemnitz – auch im Kontext zur Kulturhauptstadt Europas 2025 – in den Landestourismusverband Sachsen e.V. zu beantragen.

Da der Tourismusverband Erzgebirge e. V. bereits Mitglied im LTV ist, besteht damit eine gute Grundlage zur engeren Zusammenarbeit und es soll gleichzeitig eine Kooperationsvereinbarung zwischen Chemnitz und dem Erzgebirge abgeschlossen werden.

Zur Stärkung der bestehenden Destinationsentwicklung mit der Tourismusregion Zwickau e.V., dem Heimat- und Verkehrsverein Rochlitz Muldental e.V. und der Stadt Mittweida zur „Destinationsstrategie Chemnitz Zwickau Region“ soll dieser Prozess weiterhin vorangetrieben und in diesem Sinne mit dem Landestourismusverband zusammengearbeitet werden.

Eine Umsetzung des Aufnahmeverfahrens und der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung Chemnitz-Erzgebirge ist mit Beginn des Kalenderjahres 2023 vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 Finanzielle Absicherung zur Weiterführung der Trockenlegung OS Gablenz
Vorlage: BA-029/2022 Einreicher: FDP-Fraktion, FG BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD-Fraktion, FG DIE
LINKE/Die PARTEI, CDU-Ratsfraktion
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) schlägt die Ergänzung eines Satzes im Beschlussvorschlag vor.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTE) dankt den Miteinreichern, sowie den Eltern und vielen Unterstützern der Petition, denn ohne dieses deutliche Signal der Bürgerschaft wäre die Situation im Stadtrat heute vielleicht eine andere. Seine Fraktionsgemeinschaft trage die vorgebrachte Änderung mit.

Herr Oberbürgermeister Schulze verliest nochmals den zu ergänzenden Satz und fragt die miteinreichenden Fraktionen nach deren Zustimmung. Die SPD-Fraktion sowie die Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen ihre Zustimmung an.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass die Akustik im Raum schlecht sei und das bis zur nächsten Sitzung abgestellt werden müsse. Da er Herrn Stadtrat Dr. Füsslein nicht verstanden habe, fragt er, ob es sich um eine Änderung des Einreichers handle.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass es sich um eine Änderung des Einreichers handle und verliest nochmals den ergänzten Satz. Für diese „kleine Maßnahme“ stehe der Aufwand für den Baubeschluss in keinem Verhältnis zur zeitlichen Verzögerung. Der Stadtrat könne auf diesen Beschluss verzichten und sozusagen der Verwaltung mit der Mittelfreigabe bereits jetzt das Handeln ermöglichen. **Herr Oberbürgermeister Schulze** hält dieses Vorgehen für zielführend.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt, dass das keine Einladung für Petitionen sei. Es ginge darum, dass dieses Projekt schon mal weiter oben auf der Prioritätenliste war und zugunsten einer anderen Schule zurückgestellt wurde. Das wurde nochmals deutlich, als der Petition teilweise abgeholfen wurde. Das habe ihre Fraktionsgemeinschaft dazu bewegt, diesen Vorschlag mit zu unterstützen.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob eine Ausschreibung erfolgen müsse.

Herr Bürgermeister Stötzer bejaht dieses.

Beschluss BA-029/2022

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Trockenlegung der Oberschule Gablenz fortzuführen. Die entsprechend notwendigen Gelder sind durch Änderungen der investiven Schlüsselzuweisungen frei geworden. Sollte die eingestellte Summe nicht zur vollständigen Trockenlegung ausreichen, so besteht weiterhin die Beschlussfassung P-002/2021, in der eine prioritäre Berücksichtigung für diese Maßnahme im Haushalt 2023/24 beschlossen wurde. Für die Umsetzung der Trockenlegung des Sportplatzes mit den verfügbaren Mitteln, kann auf einen Baubeschluss verzichtet werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen)**

- 8.4 Betreibermodell Kreativhof (Stadtwirtschaft)
Vorlage: BA-031/2022 Einreicher: CDU-Ratsfraktion
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sieht die Stellungnahme der Verwaltung so, dass der Beschlussantrag umgesetzt werden solle. Er bittet daher um Zustimmung.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob es richtig sei, dass die Mieter 4 Euro Kaltmiete und keine Nebenkosten zahlen müssten.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass, wenn das Objekt durch die Baumaßnahmen in einem besseren Zustand versetzt werde, dann ortsübliche Mieten erhoben werden, insbesondere für die Gewerbetreibenden. Das sei auch der Wunsch gewesen.

Beschluss BA-031/2022

Bei der Entwicklung des künftigen Betreibermodells für den Kreativhof (Stadtwirtschaft) ist der Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vollumfänglich vor der Beschlussfassung einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.5 Prüfung der Zusammenlegung von „Tierpark“ und „Botanischer Garten Chemnitz - Schulbiologie- und Naturschutzzentrum“ und Betreuung außerhalb der Kommunalverwaltung
Vorlage: BA-033/2022 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) bringt den Beschlussantrag ein und führt aus, dass es in den letzten Jahren den Eindruck gemacht habe, dass der Tierpark und der Botanische Garten vernachlässigte Anhängsel gewesen seien. Die Verwaltungsstruktur zeige, dass beide Einrichtungen eher als Fremdkörper in den jeweiligen Dezernaten angesiedelt seien. Der Grund für Probleme und Hürden sehe seine Fraktion nicht in den handelnden Personen, sondern in der Struktur. In einer ausgegliederten Gesellschaft könne mehr Unterstützung gegeben werden, zum Beispiel durch die Einstellung eines kaufmännischen Geschäftsführers. Ebenso hätte eine eigene Gesellschaft attraktive Möglichkeiten, Tierärzte oder andere externe Helfer für einen Einsatz im Tierpark zu verpflichten. Eine Zusammenlegung und direktere Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten erscheine ebenfalls dringend geboten. Beide Einrichtungen könnten von einer engeren Zusammenarbeit profitieren. Mit schlanken Strukturen und mehr Platz für die wichtigen Dinge, könnte auch das Marketing des Tierparks profitieren.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde. Bevor über eine Zusammenlegung der Einrichtungen Botanischer Garten und Tierpark gesprochen werde, sollte erstmal der Beschluss zur Evaluierung der Zielkonzeption des Botanischen Gartens umgesetzt werden. Ebenso sollen die Einrichtung Botanischer Garten und die Vereine vor Ort zu Wort kommen. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, wann der Beschluss umgesetzt werde.

Frau Stadträtin Kempe findet es eigenartig, dass durch den Einreicher mit den Akteuren des Botanischen Gartens nicht über diese Zukunftspläne gesprochen wurde. Das sei für sie ein Grund für die Ablehnung.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass das Konzept erarbeitet sei, dieses mit den Beteiligten im Botanischen Garten abgestimmt und sich nach der Sommerpause damit im Stadtrat befasst werde.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass diese mögliche Zusammenlegung bereits oft beleuchtet wurde. Es gebe lediglich vier Gemeinsamkeiten bei beiden Einrichtungen, auf welche er eingeht. Optimierungen seien nicht gegeben. Die bisherigen Prüfungen hätten auch dargestellt, dass beide Einrichtungen sowohl in der Struktur als auch in inhaltlicher Ausrichtung derart unterschiedlich seien, dass eine Zusammenlegung das Ganze ins Gegenteil von einer Optimierung verkehren würde. Seine Fraktionsgemeinschaft werde diesen Beschlussantrag auch aus diesem Grund ablehnen. Zum Abschluss merkt er an, dass das Wildgatter im Antrag keinerlei Erwähnung finde.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) geht auf die Betreibung außerhalb der Kommunalverwaltung ein. Es müsse nicht zwingend automatisch auch eine Verbesserung der Qualität bedeuten. Eine Ausgliederung müsse breit angelegt sein und es müsse sich dafür auch eine breite Mehrheit finden. Zudem solle auch im Masterplan weitergekommen werden. Er könne momentan nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) verdeutlicht, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handle. Der Tierpark sei seiner Meinung nach ungepflegt und ohne Pepp. Es solle zumindest erstmal eine ernsthafte Prüfung stattfinden.

Beschlussvorschlag BA-033/2022

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Zusammenlegung von Tierpark und Botanischer Garten Chemnitz - Schulbiologie- und Naturschutzzentrum in einer stadtverwaltungsexternen Struktureinheit (Eigenbetrieb, städtisches Unternehmen) hinsichtlich nachfolgender Gesichtspunkte zu untersuchen:

- Wirtschaftlichkeit
- Attraktivitätssteigerung durch kompakte öffentliche Wahrnehmung
- Thematische Aufteilung
- Erschließung von Synergien durch ganzheitliche Ansätze bei der Vermittlung von Lebensumwelten
- Verbesserungen beim Ressourceneinsatz und einfachere Betriebsabläufe durch externe Betriebsführung

Die Ergebnisse sind dem Stadtrat als Informationsvorlage in der Novembersitzung 2022 des Stadtrates vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(11 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) reicht eine Informationsanfrage zum Wildgatter ein.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) reicht eine schriftliche Anfrage zur Chemnitzer IC-Anbindung ein.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass er in der vergangenen Stadtratssitzung fragte, wann die Mittelanmeldung der C³ Chemnitzer Veranstaltungszentren erfolgte. Er fragt, ob die Beantwortung noch erstellt werde.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach dem Stand der Vorbereitung der Sanierung und der Hochwassersicherheit der Talsperre Euba. Er möchte auch Informationen zu den fortfolgenden Schritten inklusive der Möglichkeiten durch die städtische Gesellschaft eine Betreuung zu untersuchen. **Herr Stadtrat Herrmann** möchte zudem die Begründung wissen, warum der bestehende Beschluss, in Erfenschlag etwas zu entwickeln (inklusive des Spielplatzes) von der Verwaltung nicht vorgesehen werde.

10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) bestätigt.

28. Juni 2022 *Schulze*
Datum Sven Schulze
Vorsitzender
des Stadtrates

5.7.2022 *Manuela Tschök-Engelhardt*
Datum Manuela Tschök-Engelhardt
Mitglied
des Stadtrates

11.07.22 *Tillmann*
Datum Gordon Tillmann
Mitglied
des Stadtrates

23.06.22 *Müller*
Datum Carolin Müller
Schriftführerin